

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington

UN-Reform

*Zwei unterschiedliche Stimmen
in der Debatte in den USA*

Maren Becker



Konrad-Adenauer-Stiftung Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

☎ +1-202-464-5840
📠 +1-202-464-5848
💻 office@kasusa.org
www.kasusa.org
www.kas.de

American Institute for Contemporary German Studies

Vortrag von

Dr. Gunter Pleuger

Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland

bei den Vereinten Nationen

„Die Reform der Vereinten Nationen:

Deutschlands Perspektiven und Vorschläge“

Washington, D.C., 15. April 2005

Die Vereinten Nationen stehen vor einer der weitreichendsten Erneuerungen der vergangenen Jahrzehnte. Der Generalsekretär der UNO, Kofi Annan, sprach sich im März dafür aus, noch bis zum September dieses Jahres ein umfassendes Reformpaket zu verabschieden, welches die Leistungsfähigkeit und die Legitimation der Organisation stärken soll. Dieses Vorhaben wird seitens Deutschlands ausdrücklich unterstützt, wie auch der Botschafter der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen, Dr. Gunter Pleuger, in seinem Vortrag im **American Institute for Contemporary German Studies (AICGS)** in Washington, D.C. bestätigte.

Die Reformpläne beziehen sich unter anderem auf Bereiche wie die Gewährleistung von Menschenrechten, die Armutsbekämpfung, den Kampf gegen den Terrorismus, die Bewältigung von internationalen Konflikten und die Wahrung des Weltfriedens. Kernpunkt ist jedoch die Erweiterung des Sicherheitsrates. Diese könnte gemäß zweier verschiedener Modelle erfolgen:

Modell A sieht die Erweiterung des Sicherheitsrates um sechs weitere ständige Mitglieder ohne Vetorecht sowie drei nicht-ständige Mitglieder vor. Folgt man **Modell B**, so würden acht nicht-ständige Mitglieder für vier Jahre mit einmaliger Wiederwahlmöglichkeit und ein nicht-ständiges Mitglied für zwei Jahre ohne die Chance auf Wiederwahl einen Sitz erhalten.

Deutschland, Japan, Indien und Brasilien setzen sich als so genannte G4-Gruppe für das Modell A ein, da sie auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat hoffen. Ihrer Meinung nach sollten jedoch auch die neuen Mitglieder über ein Vetorecht verfügen. Um zu einer Entscheidung gelangen zu können, ist eine Zweidrittel-Mehrheit der UNO-Generalversammlung, also 128 von 191 Stimmen,

nötig. Ferner dürfte keines der bisherigen ständigen Mitglieder von seinem Vetorecht Gebrauch machen.

Dr. Gunter Pleuger betonte in seinem Vortrag die Notwendigkeit einer baldigen Verabschiedung des Reformpakets. Der Sicherheitsrat sähe sich seit einigen Jahren mit neuen Aufgaben konfrontiert, die eine Überarbeitung der bisherigen Institutionen und Verfahrensweisen als unerlässlich erscheinen lassen. Dazu gehörten insbesondere die Entscheidung über Krieg und Frieden wie auch die Verabschiedung international verbindlicher Gesetze, die es erforderlich machten, dass der Sicherheitsrat mit einer größeren Legitimation ausgestattet ist, als dies zur Zeit der Fall sei. Insbesondere der Süden sei in dem Gremium unterrepräsentiert.

Den Anspruch der Bundesregierung auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat begründete er mit der in der Vergangenheit oft bewiesenen Bereitschaft, sich mittels finanzieller Beiträge sowie der Bereitstellung von Truppen an internationalen Einsätzen zu beteiligen. Deutschland gehöre zu den Staaten, die einen Großteil der für UN- Einsätze notwendigen Ressourcen beisteuerten. Daher müsse der Bundesrepublik im Sicherheitsrat auch die Möglichkeit gegeben werden, über die Verwendung dieser Mittel mitzubestimmen.

Was die Verabschiedung des Reformpakets bis September angeht, so äußerte sich Dr. Pleuger sehr optimistisch. Dadurch, dass dieses nur als Ganzes beschlossen werden könne, sei die Erneuerung der Sicherheitsrates mit Reformen im Bereich der Friedenssicherung, der Menschenrechte oder der Armutsbekämpfung eng verknüpft. Auch eine Vielzahl der Staaten, die keine Aussicht auf einen Sitz im Sicherheitsrat haben, hätten somit ein Interesse an einer baldigen Konsensfindung.

Abzuwarten bleibt jedoch, inwieweit die bisherigen ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien die Aufnahme neuer Mitglieder in das Gremium unterstützen. China und Russland befürworteten die Mitgliedschaft Deutschlands. Die USA haben sich kürzlich zwar für einen Beitritt Japans ausgesprochen, die Bundesrepublik jedoch in diese Aussage nicht einbezogen. Gemäß Dr. Pleuger ist dies für Deutschland jedoch nicht von Nachteil, da die Schaffung nur eines einzigen weiteren ständigen Sitzes im Sicherheitsrat indiskutabel sei und daher die Akzeptanz Japans seitens der USA als eindeutiges Votum für das von Annan vorgeschlagene Modell A verstanden werden könnte.

Woodrow Wilson International Center for Scholars

Panel Discussion

**Secretary Madeleine Albright
Ambassador Emilio Cárdenas
Ambassador Heraldo Muñoz**

„Die Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und die Rolle Lateinamerikas“

Washington, D.C., 18. April 2005

Schon im Februar 2002 hat sich Brasilien dazu entschlossen, sich als Vertreter Südamerikas um einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der UNO zu bemühen. Gemeinsam mit Deutschland, Japan und Indien versucht das Land nun, die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen von der Notwendigkeit einer Erweiterung des Gremiums zu überzeugen.

Zur Rolle Lateinamerikas innerhalb der UNO äußerten sich in der vergangenen Woche hochrangige Vertreter der Politik im Rahmen einer vom **Woodrow Wilson International Center for Scholars** veranstalteten Diskussionsrunde. An dem Gespräch beteiligten sich die ehemalige US-Außenministerin und UN-Botschafterin Madeleine Albright, der Botschafter Chiles bei den Vereinten Nationen Heraldo Muñoz sowie Emilio Cárdenas, der als Vertreter Argentiniens ebenfalls als Botschafter bei den Vereinten Nationen tätig war.

Die Diskussionsteilnehmer sprachen sich für eine Reform des Sicherheitsrates aus, da dieser in seiner heutigen Zusammensetzung nicht die weltpolitischen und ökonomischen Machtverhältnisse widerspiegele. Insbesondere Deutschland und Japan müsse ein ständiger Sitz zugesprochen werden, da sie einen Großteil der notwendigen Ressourcen bereitstellten. Weiterhin sollten Asien, Südamerika und Afrika jeweils weitere Sitze erhalten, wobei jedoch noch kein Konsens darüber herrscht, an welches Land diese tatsächlich gehen würden. Als Vertreter Südamerikas habe sich bisher Brasilien als einziger Staat für einen ständigen Sitz eingesetzt. Brasilien ist das größte Land Lateinamerikas und würde damit zur führenden Nation seiner Region. Als Kandidaten für Afrika kämen Ägypten, Nigeria oder Südafrika in Frage und auf der asiatischen Seite werden Indien die größten Chancen zugesprochen.

Doch jeder Anwärter auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat hat auch seine Gegner. So favorisieren Argentinien, Mexiko und Kolumbien das Modell, nachdem der Sicherheitsrat ausschließlich um nicht-ständige Mitglieder erweitert

werden soll. Sie halten das portugiesischsprachige Brasilien nicht für einen geeigneten Vertreter Lateinamerikas. Italien hat deutliche Einwände gegen die Mitgliedschaft Deutschlands, da dadurch seine Stellung innerhalb Europas im Vergleich mit den im Sicherheitsrat repräsentierten Nationen geschwächt würde. Die italienische Regierung tritt daher für einen ständigen Sitz der EU als Ganzes ein, was wiederum bedeuten würde, dass Großbritannien und Frankreich ihre eigenen Sitze aufgeben müssten. Darüber hinaus misstraut China aus politischen und wirtschaftlichen Gründen dem Kandidaten Japan und die muslimisch geprägten Staaten, allen voran Pakistan, haben Einwände gegen eine Verstärkung der Position Indiens in der Weltpolitik.

Aufgrund der unterschiedlichen inhaltlichen Positionen der einzelnen Länder beurteilten die Teilnehmer der Diskussionrunde die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Verabschiedung des Reformpakets als sehr gering. Dazu sei die Zustimmung sehr vieler Nationen notwendig und es sei unwahrscheinlich, dass diese bis September dieses Jahres eingeholt werden könne. Hinzu käme, dass vor allem die USA die Erweiterung des Sicherheitsrates mit Skepsis betrachteten und daher das Reformvorhaben grundsätzlich ablehnen könnten. Ein Konsens unter den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen könne nur auf Basis weiterer Gespräche und Verhandlungen zwischen den Staaten zustande kommen, die jedoch mehr Zeit als nur einige wenige Monate in Anspruch nähmen.